

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
25 (1911)**

202 (30.8.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-554778](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-554778)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprecher-Nr. 58. Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Mienenstraße 24. Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und feiertäglichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat 2.00 Mk., bei Zahlung nach 15 Tagen 2.25 Mk., für zwei Monate 4.00 Mk., monatlich 75 Pf. einschließlich Postgebühren. — Mit Sonntagsbeilage. — Inserate die fünfspaltige Korpuszeile oder deren Raum für die Inserenten in Rühringen-Wilhelmshaven u. Umgebung, sowie der Filialen 15 Pf., für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Willen Anzeigen aus kleineren als der Grundschrift gesetzt werden, so werden sie auch nach dieser berechnet. Kleinanzeigen 50 Pf.

25. Jahrgang.

Rühringen, Mittwoch den 30. August 1911.

Nr. 202.

Zwei Wahlparolen.

Flottenverfälschung — Umsturzvorlage.

Es ist aufgefalle, daß Wilhelm II. in seinem Monarchen-Trip nach Ostpreußen auf die Provinz Schleswig-Holstein zwar der Not der Landwirte gedacht hat, daß er aber kein Wort für die übrige Bevölkerung fand, die von den Folgen der Härte der Räder der Flottenverfälschung betroffen ist als der großgrundbesitzende Teil der Landwirtschaft. Der kaiserliche Redner, der jetzt wieder lehrhaftig von Ausprüche zu Ausprüche eilt, hat nun das Verbot in Hamburg nachgeholt. Er hat dort eine Mahnung ausgesprochen, die auch für den nichtlandwirtschaftlichen Teil der Bevölkerung von hohem Interesse, wenn auch von recht zweifelhaftem Vorteil ist — eine weitere Veräuflichung der deutschen Kriegsflotte. Das in Altona angebotene Geldopfer der sechs Kaiserliche wird hoffentlich ungenutzt bleiben, da die wirtschaftliche Situation doch wieder nach der Seite des Friedens neigt. Von den Landwirten wird wenigstens der dem Adel angehörende Teil die himmlische Fällung dieses Jahres bei Selt und Kulturen ganz gut begehren, für das Volk aber bleibt als Ergebnis zweier kaiserlicher Reden weiter nichts als die Aussicht auf neue Steuern!

Ein linkselbischer Blatt, das es neuerdings für „politisch“ hält, seine sonst demokratischen Tendenzen recht unheimlich mit einem ausgiebigen Kaiserfalsch zu verbinden, das „Berl. Tageblatt“, gibt der optimistischen Meinung Ausdruck, daß die neue Flottenrede Wilhelms II. nicht unbedingt als Ankündigung einer neuen Marinevorlage aufgefaßt werden müßte. Sicher aber kommentiert die „Vost“ die kaiserliche Ansprache richtig, wenn sie meint:

Neben dem Ausbau des Heeres müssen wir unsere volle Aufmerksamkeit dem Ausbau der Flotte zuwenden, eine Forderung, die wir schon seit längerem vertreten haben, die der Flottenverein auf sein Schild gehoben hat, und die jetzt der Kaiser in seiner Hamburger Rede unterstreichen hat.

Das Organ der Panzerflottenpatrioten hat wirklich zur Abwehrlung wieder alle Umsätze, mit seinem Kaiser zufrühen zu sein, und wirklich war es schon die Voraussetzung der kommenden großen Geschäfte, die dieses Vortragsblatt veranlaßt, seinen Ton gegenüber dem Träger der Krone seit einiger Zeit wieder etwas herabzusenken.

Die Stärke der deutschen Kriegsflotte und das Programm ihres Ausbaues ist durch das Flottengesetz von 1908 festgelegt worden. Danach sollten gebaut werden: 1908—1910 je drei Zerstörer und zwei kleine Kreuzer, 1911 zwei Zerstörer und zwei kleine Kreuzer, 1912—1916 je ein Zerstörer, ein großer Kreuzer, zwei kleine Kreuzer, und schließlich 1917 ein Zerstörer, ein großer Kreuzer und ein kleiner Kreuzer. Wenn Wilhelm II. in Hamburg davon gesprochen hat, daß die Flotte auch für die Zukunft verstärkt werden solle, so kann er damit nicht die programmatischen Neubauten, sondern nur die neue, auf Flottenvermehrung gerichtete Marinevorlage gemeint haben, die wie man ohnehin weiß, schon längst für das Jahr 1912 geplant ist. Man muß damit rechnen, daß dem neu gewählten Reichstag eine solche Vorlage unmittelbar nach seinem Zukunftstritt zugehen wird, wenn anders nicht der Wahlausfall den verbündeten Regierungen die Lust an solchen Experimenten nicht gründlich verdirbt.

Die kaiserliche Ankündigung einer neuen Flottenvorlage ist zugleich auch die Antwort auf die von England ausgehenden, von der internationalen Sozialdemokratie lebhaft gebildeten Bestrebungen, dem sich ins Rahtlose stürzenden Wettbewerb der Rüstungen durch gegenseitiges Uebereinkommen Einhalt zu gebieten. Sie zerteilt auch den kleinen Fortschritt, der nach dieser Richtung schon gemacht worden ist. Es geht somit nämlich die englische Regierung gegenüber den Flottenforderungen der konföderativen Opposition darauf hin, daß das deutsche Flottenprogramm bis 1917 gänzlich festgelegt ist. Jetzt muß man in England damit rechnen, daß das Gesetz von 1908 im nächsten Jahre schon wieder umgeworfen werden wird, und es besteht kein Zweifel daran, daß die singuläre Flottenpropaganda sich diesen Sachverhalt in ausgiebiger Weise zunutze machen wird. Wie können der internationalen Flottenhege, für die durch die Hamburger Rede das Signal gegeben ist, nur die Tatsache entgegenhalten, daß es die deutschen Wähler sind, die zunächst über die angekündigte Vorlage ihr Wort auszusprechen haben werden. Was es so ausfallen, daß den internationalen Flottenpatrioten die Freude verdröben und einer vernünftigen, dem Wohle aller Völker dienenden Verständigung der Weg gebremst wird!

Der schwarz-blaue Bloß hat aber nicht genug mit dieser kaiserlichen Wahlparole, er hat mittlerweile auch schon eine andere ausgesprochen. Der Erzberger, der kleine Zentrumsmagoge, hat sich in Reden und Zeitungsartikeln mit

wütenden Denunziationen auf die bekannte Rede des Genossen Tämmig geworfen, in der gewisse Eventualitäten des Kriegesfalles erörtert worden sind. Er fordert von der Regierung Vorschläge zur Niederwerfung revolutionärer Geistes und findet dafür den jubelnden Beifall der „Deutschen Tageszeitung“, die schreibt:

Der Abgeordnete Erzberger hat durchaus Recht. Wir sind nach den Erfahrungen der letzten Zeit zu der Ueberzeugung gekommen, daß die bestehenden Gesetze tatsächlich nicht mehr ausreichen. Sie müssen ergänzt und verhärtet werden. Derartige Verhärtungen und Ergänzungen können aber nicht von den Parteien in irgendwelcher Weise beantragt oder angeregt werden; es ist vielmehr Aufgabe und Pflicht der verbündeten Regierungen, Vorschläge zu machen. ... Nach den Ausführungen des genannten Abgeordneten darf gehofft werden, daß das Zentrum künftighin seine Mitwirkung bei einer Verhärtung der bestehenden Gesetze nicht versagen wird.

Das Zentrum mit den Agrarconservativen Arm in Arm für ein neues Sozialistengesetz! Dieses Bild verdient für die kommenden Wahlen ebenso festgehalten zu werden wie die Hamburger Flottenrede des Kaisers. Neue Zeiten, neue Unterdrückungen der politischen Freiheit, das sind die Aussichten, die die regierenden Mächte dem deutschen Volk für die kommende neue Gesetzgebungsperiode des Reichstags eröffnen!

Das sind aber zugleich auch Wahlparolen, wie sie sich die Sozialdemokratie nicht besser wünschen kann. Sie wird kämpfen gegen Flottenverfälschung und Umsturzvorlage für Herabsetzung der Rüstungskosten, für volle Demokratie und Freiheit des Wortes! Wäre es die Mühe unserer Gegner, immer und immer wieder neue Hunderttausende unter die rote Fahne zu treiben, so hätten sie ihre Wahlparolen auch nicht anders wählen können! Und wäre es ihre Absicht, die sozialen Gegensätze immer noch zu verhärtigen, so könnten nicht anders handeln, als sie jetzt tun! Sie sind es nicht zuletzt, die die Bewegung immer weiter treiben, immer vorwärts, bis zum vollständigen Siege!

Politische Rundschau.

Rühringen, 29. August.

Zur Marokkofrage.

Nach einem französischen Blatt, dem „Echo de Paris“ soll folgendes Programm die Grundlage für die weiteren Verhandlungen in der Marokkofrage bilden:

1. Französische Forderungen: Militärische, politische und administrative Reorganisation Marokkos durch Frankreich; französisch-marokkanische Wehalla, französisch-marokkanische Polizei, Eisenbahnen, Zölle, Post und Telegraph; Uebernahme des französischen Militärreservens von Tanger nach Fez, das zum Hauptzentrum der französischen Einflusssphäre wird; Steuereinnahme, Zivilliste des Sultans, Zurückzahlung der Expeditionskosten.

2. Wünsche für die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands: Gleiche Behandlung vor dem Zollamt, prozentuale Beteiligung Deutschlands an den großen öffentlichen Bauten und Ausschreibungen unter Vorbehalt der französischen Rechte auf die Leitung und Regelung der freitragenden Schiffsanfrage unter Berücksichtigung der von der Union des mines erworbenen Rechte, da die Land-erwerbungen der Mannesmann reellen Wert besitzen.

3. Gebietskompensationen außerhalb Marokkos, die den Frankreich in Marokko gewährten Vorteilen entsprechen müssen. Hier handelt es sich um die Grenzveränderung Kongo-Kamerun in der Form, die der frühere Gouverneur von Kamerun angegeben hat.

Wenn das wirklich die Basis für die weiteren Verhandlungen sein sollte, dann wird die Presse der Marokko-Interessenten Zeter und Mordio schreien, denn nach diesem Programm würde Marokko faktisch an Frankreich ausgeliefert. Das ist es aber gerade, was die hinter Blättern vom Schlege der „Vost“ und der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ stehenden Interessengruppen vermeiden wollen.

In dieser Woche sollen die Verhandlungen zwischen Cambon und v. Rüdern-Wächter wieder beginnen. Auch v. Bethmann-Hollweg wird in dieser Woche nach Berlin zurückkehren, um an den Verhandlungen teilzunehmen.

Die kriegsbegeisterten Blätter, zu denen darf man auch den „Liberalen“, „Gemeinnützigen“ in Paris rechnen, spielen jede Damperei gegen Frankreich aus. So wurden in Paris zwei Handwerksburschen wegen Landstreicher und wegen Verdachts, die „Mona Lisa“ gestohlen zu haben, verhaftet; ferner soll ein spanischer Offizier, den man für einen Deutschen

hielt, in Kelms insultiert worden sein. Jeder Zusammenstoß in Frankreich ist in den Augen des „Gem.“ und anderer Wuchblätter eine „feindliche Aktion gegen Deutschland“!

Ein großes Zentrumsmöbbl gegen die Reichsfinanzreform!

Die „Essener Volkszeitung“, das verbreitetste Zentrumsmöbbl Deutschlands, klagt in ihrer Nr. 195 bitter über die Absicht der Tabakindustrie Westdeutschlands, sämtliche christlichen Tabakarbeiter auszulöschen, weil es in Aachen nicht gelungen ist, zwischen den streikenden christlichen Tabakarbeitern und den Unternehmern eine Einigung herbeizuführen. Im Eifer des Waidwebers für die Sache der christlichen Tabakarbeiter läßt sich das Möbbl zu folgender netten Kennzeichnung der Reichsfinanzreform hinreißen:

„Die Lage der Tabakarbeiter ist anerkanntermaßen seit der Finanzreform keine beneidenswerte. Soweit es sich übersehen läßt, haben die Fabrikanten durch anderweitige Arrangements ihrer gangbaren Sorten längst das Publikum zum Teufel der neuen Steuer gemacht. Wir können dafür genügend Beispiele anführen. Man hat die beliebtesten Zigarren ein wenig kleiner gemacht, wie z. B. Vostler und Wollf, eine vierzigfache Marke für 10 Pf., während die gleiche Marke in der alten Größe heute 12 Pf. kostet, also um 20 Proz. teurer geworden ist. In ähnlicher Weise haben sich die anderen Fabrikanten schädlich zu halten gewußt; man darf also getrost sagen, daß sie die neue Steuer in keiner Weise belastet. Wohl aber haben die Arbeiter, namentlich in der Zeit des Ueberganges erhebliche Einbußen erlitten, und unter dem allgemeinen Druck, der auf der Tabakindustrie lastete, war an eine Verbesserung der Lage der Arbeiter zunächst nicht zu denken. Wenn nun Tabakarbeiter mit Wänschen nach Aufbesserung ihrer Einkünfte kommen, so dürfte wohl eine sorgfältige Prüfung solcher Wänsche am Platze sein und es erscheint bedenklich, sie durch eine Aussperrung, zumal des friedlichsten Teiles der Arbeiter zu beantworten.“

Die Beurteilungen der Finanzreform im Zentrumslager selbst mehren sich. Die „Essener Volkszeitung“ gibt an, daß der Steuerantrag von 1909 auf Kosten der Arbeiter erfolgte. Sie gibt weiter zu, daß die Entschädigung der Tabakarbeiter, die entgegen dem Antrage der Sozialdemokraten vom Zentrum beschritten wurde, eine durchaus ungenügende war, denn wie sollte sonst die Lage dieser Arbeiter, seit der Finanzreform keine beneidenswerte“ sein. Sie gibt die Schöpfung der Konsumanten durch die Reichsfinanzreform zu und bekennet schließlich auch, daß die Arbeiter nur unter harten Kämpfen wieder zu der Lebensstellung kommen können, die sie vor der Reichsfinanzreform besaßen.

Hätte das große Zentrumsmöbbl dann noch hinzugefügt, daß alles dieses lediglich Folge der Zentrumspolitik ist, die die Reichen vor der Erbschaftsteuer schützt, dann hätte es die volle Wahrheit gesagt, was man allerdings von einem Zentrumsmöbbl nicht wohl erwarten kann.

Deutsches Reich.

Berlin, 29. August. Alle Nachrichten über eine Herbstsaison des Landtages sind müßige Kombinationen gewesen. Die Frage wird erst entschieden werden, wenn das preussische Staatsministerium Mitte September wieder vollständig versammelt ist.

— Die Verfassung für Elsaß-Lothringen tritt nach einer im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten kaiserlichen Verordnung am 1. September in Kraft.

Ein vornehmer Familienblatt und seine Mitarbeiter.

Die „Vost“, das neuerdings viel genannte Organ der Schamacher und Kriegsheer, sucht nun die Konjunktur, die es sich durch seinen berühmten Volkskon-Artikel geschaffen hat, auch geschäftlich auszunutzen. Sie verordnet an Personen „bessere Stände“ einen auf Abkommen basierenden Kellambeits und bezeichnet sich damit mit edler Befcheidenheit als „ein vornehmer nationales Familienblatt“, das in seiner Offiziers- oder Beamtenfamilie fehlen sollte“. Sie rühmt sich ferner, in der Lage zu sein, Veränderungen und Verbesserungen in der Armee mindestens gleichzeitig mit den amtlichen Organen, also es sogar früher als diese, mitteilen zu können. Für ihre sonstigen guten Beziehungen zeugt die Liste hervorragender Mitarbeiter, die folgende Namen enthält: Krenzl, Fritz v. Jellitz, Carl Peters, Vondrat v. Dewitz, General der Kavallerie Fritz v. Bernhardt, Generalleutnant v. Diebert, Generalleutnant v. Wrochem. — Also ein Landrat und drei Generale, natürlich lauter tüchtige Umsturz-bekämpfer, scheuen sich nicht, einem Blatte zur Klame zu dienen, das vor drei Wochen den Kaiser einen valeureuse

poltron genannt und dafür das jubelnde Lob einiger Generale, Hofprediger u. s. w. geerntet hat. Daß das vornehme Familienblatt täglich in pöbelhaftester Weise auf die Sozialdemokratie schimpft und daß es u. a. auch den Genossen Vebel mit der Ermordung bedroht hat („Es gibt auch in Deutschland Charbon-Lordards, hüben Sie sich, alter Säufer!“) kann natürlich für die Generale nicht ins Gewicht fallen. Die „Post“ ist aber auch dasjenige Blatt, das durch die Schärfe seiner persönlichen Angriffe auf Wilhelm II. — man kann schon von wüsten Beschimpfungen reden — alle in Deutschland erscheinenden Blätter bei weitem überboten hat. Für dieses vornehme Familienblatt, das in keinem Offizier, keinem Beamtenhause fehlen soll, figurieren jetzt drei Generale als Reklameträger, unter ihnen — Ironie der Weltgeschichte! — der Vorsitzende des Reichswahlrechtsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Eine neue Reichsverbandsskizze. Bei den vorigen Reichstagswahlen hat sich in Sachsen ein sogen. „Nationaler Auschuß“ bemerkbar gemacht, der seine Haupttätigkeit darin erblickte, die größten Forderungen, die er aufstellen konnte, in sozialdemokratischen Versammlungen zu schicken, um dort propagandisch zu wirken. Diese Geschäfte haben diese Herren allerdings nicht gemacht und noch mancher von ihnen wird mit einem recht unbedeutenden Gehalt an die damaligen Kämpfe zurückdenken. Dieser Auschuß, der in Reichsverbandsmanner arbeitete, ist nunmehr zu neuem Leben erweckt worden, indem die in Sachsen bestehenden nationalen Aderperschaften sich zu einem „Nationalen Landesauschuß“ zusammengelassen haben. Dieser neue Auschuß vermittelt den Redneraustausch, stellt Flugblätter bereit und hat die Aufgabe, im Wahlkampf auf ein Zusammengehen aller nationalen Parteien bei den Reichswahlen hinzuwirken. Geschäftsleiter dieses Auschusses ist ein ehemaliger Reutemann. — Der Reichsverband wird natürlich beitreten, daß er mit dieser neuen Organisation etwas zu tun hat. Normell mag dies vielleicht richtig sein, aber nachdem die Reichsverbandsskizze in Dresden eingegangen ist, war man offenbar darauf bedacht, Erfolg zu schaffen und der Erfolg präsentiert sich nunmehr im Gewande dieses „Nationalen Landesauschusses“.

Eine Prüfung, die uns der Himmel geschenkt hat. Auf einem Festmahle, das dem Kaiser in Altona von „Der Provinz Schleswig-Holstein“ gegeben wurde, hat Wilhelm II. eine Rede gehalten, in der die folgende Stelle bemerkenswert ist:

Wie in andern Völkern sehen auch die Landwirte dieser Provinz der Entlohnung dieses Jahres mit Sorge entgegen. Was der Staat leisten kann, um ihnen zu helfen, das ist gegeben und wird gegeben. Ich meine aber, bei der religiösen, christlichen Gesinnung seiner Landleute und zumal der Schleswig-Holsteiner werden Sie nicht übersehen, daß die Dürre dieses abnormen Jahres eine Prüfung ist, die uns der Himmel geschenkt hat, und der wir uns zu beugen haben.

Wieviele Landleute mit Wilhelm II. darin übereinstimmen werden, daß die Dürre von Gott gesandt wurde, um die lüthigen Menschen zu prüfen, wissen wir nicht und geht uns auch wenig an. Aber das wissen wir, daß in den Streifen der Konfessionen, die ebenfalls der Entlohnung dieses Jahres mit Sorge entgegensehen müssen, das Bewußtsein verbreitet ist, daß der Staat durchaus noch nicht das Seine zur Überwindung des nahenden Notstandes getan hat und nicht zu tun gewillt ist. Die Not aber, die mit ungemildeter Schärfe über die Proletarier hereinbricht, muß, wenn die Regierungen in ihrem Widerstreben gegen durchgreifende Maßregeln beharren, weil die herrschende Junkerkraft sie nicht will, diese Not ist die Arbeiterkraft keineswegs geneigt, als eine göttliche Sendung anzusehen, der sie sich still beugen muß. Sie wird ihr vielmehr ein neuer Kampfsport sein, die Jolle und Grenzsperrpolitik und ihre Hauptträger, die Junker, auf das äußerste zu bekämpfen.

Ein Zentrumslieg. In dem pfälzischen Wahlkreis Waldborn fand am Sonntag eine Nachwahl zum bayerischen Landtag statt, bei der, wie nicht anders zu erwarten war, das Zentrum siegte. Bemerkenswert aber ist das Stimmenergebnis. Die Stimmen des Zentrums sind gegenüber der vorigen Wahl von 2972 auf 2945, die der Liberalen sogar von 3677 auf 2049 gefallen, während die sozialdemokratischen Stimmen von 559 auf 1562 gestiegen sind.

Für die Schiffbauerschaft des Rheins von Straßburg bis zum Bodensee steht jetzt ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen in Aussicht. Der Reichstag ebenso wie die beteiligten Regierungen stehen dem Plan freudig gegenüber. Die Summe für die Durchführung des Wettbewerbes ist vorhanden.

Schweiz.

Deutsch-Schweizerischer Konflikt. In Aischwill wurde ein Schweizer Bürger durch den Grenzbeamten Böcher auf Schweizer Gebiet erschossen. Böcher behauptete, die Grenze nicht genau gekannt zu haben, weshalb er nur mit einem Revolver bestraft wurde. Diese Strafe läßt die Schweizer Regierung nicht als genügende Sühne gelten. Der Schweizer Bundesrat vertritt die Auffassung, die Grenze sei an der betreffenden Stelle ganz ungewiss, weshalb der elisäbische Beamte umgänglich in gutem Glauben habe sein können. Böcher habe die Grenze vollkommen gekannt und die Grenzverletzung willentlich begangen. Der Bundesrat könne sich daher mit dem bloßen Tadel Böchers nicht zufrieden geben und müsse die Strafverfolgung Böchers fordern. Der Bundesrat bringt ferner die Entschädigung zur Sprache, auf welche die Witwe und die vier Kinder des rechtswidrig getöteten Schweizer Schützen Anspruch haben.

Frankreich.

Demonstration gegen die Lebensmittelpreiserhöhung. In Gasse (Dep. Aisne) kam es am Montag auf dem Marktplatz zwischen Hausfrauen und Händlern, die Butter und Eier zu höheren Preisen verkaufen wollten, zu einem heftigen Zusammenstoß. Die Hausfrauen warfen die Körbe der Händler um und schleppten die Butter in den Kinnstein. Die Händler wurden von der Bevölkerung bedroht und mußten

unter dem Schutze von Gendarmen die Stadt verlassen. In anderen Ortschaften sind ähnliche Vorfälle vorgekommen.

Italien.

Der Streik der Eisenbahngestellten in Südrussland nimmt immer größere Dimensionen an. Die Verbindungen nach dem Kaukasus und der Arim sind vollständig unterbrochen, was um so unangenehmer ist, als jetzt die Ernten verladen werden sollen. Die Angehörigen der Dampfer, die den Verkehr zwischen den Südrussland und Schwarzen Meer vermitteln, sind ebenfalls in den Streik getreten, sodaß auch hier der Verkehr vollkommen ruht.

Spanien.

Eine Demonstration gegen die Todesstrafe veranstalteten am Sonntag in Barcelona etwa 3000 Personen. Die Manifestanten zogen nach dem Plaça de Catalunya, wo Protestversammlungen unter feierlichem Himmelsabgelenken wurden. Es kam wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei, da die Manifestanten rote Fahnen entfalteten hatten und revolutionäre Rufe anschlachten. Auch kam es zu widerwärtigen Zusammenstößen zwischen Radikalen und den Anhängern Don Jaime's, wobei es auf beiden Seiten Verwundete gab.

Portugal.

Die wirtschaftlichen Kämpfe nehmen zu. Der Ausstand der Kattidreier in Lissabon dehnt sich aus. Es kam zu Zusammenstößen. Militär wurde requiriert; Verhaftungen wurden vorgenommen. — In Moita am Tejo sind 3000 Tagelöhner und Handarbeiter ausständig. Sie verlangen Lohnsteigerung. Truppen halten die Ordnung aufrecht. Der Ausstand scheint sich über die ganze Gegend verbreiten zu wollen.

Kleine politische Nachrichten. Prinz Otto Friedrich, ein Sohn des Kaisers, wurde zum Statthalter von Pommern ernannt. — Ein nationalliberaler Parteitag der Provinz Schlesien wird sich am 20. d. Mts. mit der Wahlfrage beschäftigen. — Die Firma Karl Jürg in Jena erleiht vom deutschen Konsul in Saloniki ein Telegramm, nach welchem sich Richter in Saloniki befinden. Er könne von dort nur in türkischer Sprache und daher nicht nach Deutschland telegraphieren.

Parteinachrichten.

Der Parteitag des Bezirks „Nordwest“ tagte am Sonntag im Bremer Gewerkschaftshaus. Anwesend waren 48 Delegierte, der gesamte Bezirksvorstand, sämtliche Reichstagskandidaten der beteiligten 5 Wahlkreise, die Genossin Jitzig als Vertreterin des Parteivorstandes und 3 Vertreter der Parteipresse. Der Bericht des Parteivorstandes für die letzten beiden Geschäftsjahre konstatierte eine Zunahme des Mitgliederbestandes von 17964 im Jahre 1909 auf 25071 im Jahre 1911, darunter 3677 weibliche. Nach einem Referat der Genossin Boffe-Bremen über die Zentralisation der Jugendbewegung wurde Bremen als Bericht sämtlicher Jugendauschüsse des Bezirks gemeldet. Die Genossin Jitzig-Berlin gab dem Bezirksparteitag in einem Vortrage über die Frauenbewegung wertvolle Winke und Ratschläge zur Bekämpfung des Ausbreitungstums unter den Frauen. Ein Antrag, der dem Parteivorstande die Anstellung eines Bezirkssekretärs empfiehlt, wurde mit 30 gegen 22 Stimmen angenommen. Als Bericht des Bezirks wurde Bremen wieder gewählt. Die Wahl des Bezirksvorsitzenden fiel wieder auf den Genossen Rhein-Bremen.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Waler! Die über die beiden Werkstellen von H. Müller und D. Meyer in Schaartreihe verhängte Sperre besteht weiter. Es ist dies zu beachten, und beide Geschäfte streng zu meiden.

Teilweise Sperrung in der Metallindustrie. Die für Sonnabend angekündigte Metallarbeiterausperrung in Dresden und Chemnitz ist zum Teil eingetreten. Wie die Montag früh bekannt geworden ist, sind bei 34 Firmen 3794 Arbeiter ausgesperrt. Bei 14 Firmen hat die Betriebsleitung 535 Arbeiter herausgelassen. Es kommen also nicht entfernt 30 Proz. in Frage, die ausgesperrt sind, während vorher von 60 Proz. die Rede war. Bei der Firma Seidel & Raumann, die allein 2800 Arbeiter beschäftigt, ist die Sache noch nicht geklärt, da sich dort Montag früh sämtliche Arbeiter als nicht organisiert zur Arbeit gemeldet haben. Davon werden zunächst 1000 beschäftigt, die anderen sollen benachrichtigt werden.

Die Hamburger Elektromonteurs sind in eine Lohnbewegung getreten.

Terrorismusegeschichten. Neuerdings bemähen sich besonders die Hirsch-Dunderschen mit großem Eifer, Material für ein neues Zuchthausgesetz zusammenzutragen. Sie beschließen die Öffentlichkeit mit allerhand Terrorismusegeschichten, die sich bei näherer Untersuchung als absolut unwichtig herausstellen. So hat jetzt wieder das Sekretariat der Deutschen Gewerksvereine in Dresden eine Räubergeschichte in die bürgerliche Scharfmacherpresse lanciert, mit der Veröffentlichung des nachstehenden Briefes:

Dresden, den 22. August 1911.
Auf Wunsch wird dem Wauer A. R. ... geboren am 26. März 1858 zu Klein-Baunzen beigelegt, daß er bis Fertigstellung des Neubaus Rippendorfer Straße Arbeit gehabt hätte. Ich mußte ihn jedoch entlassen, da die anderen Wauer die Arbeit nicht beizubringen wollten. Die Ursache waren Verbandsangelegenheiten.

Baummeister Hugo Paul, Dresden-N., Sellergasse 8. Aus dem Dresdener Wauerbüchse wird dazu geschrieben: Es handelt sich um den Wauer August Rensch, der im Herbst 1909 in den Wauerverband eintrat. Er mußte aber sehr bald wieder gerufen werden. Er zog jedenfalls wegen der im Frühjahr 1910 bevorstehenden Aussperrung vor, sich rechtzeitig zu drücken. Wichtig ist, daß einige organisierte Wauer, nachdem sie seine Personalkarte erhalten, den Unternahmer erklärt haben, daß sie es vorziehen, lieber anderwärts Arbeit zu suchen, als mit R. weiter zusammenarbeiten

zu wollen. Von einem Beschluß, gemeinsam die Arbeit auszustellen, um ein Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins aus der Arbeit zu bringen, kann nicht die Rede sein.

Zur oldenburgischen Landtagswahl.

Wähler setzt die Wählerlisten ein!

Nach und nach werden in allen Wahlbezirken und Wahlkreisen die Wählerlisten ausgelegt und die diesbezüglichen Bekanntmachungen erlassen. Den Wählern sei darum ans Herz gelegt, die kleine Mühe sich zu machen und nachzusehen, ob sie in der Liste stehen. Denn nur wer in der Liste steht, darf wählen.

Wer ist wahlberechtigt?

So wird trotz aller Bekanntmachungen immer wieder gefragt.

Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, der bis zum Wahltag 25 Jahre alt geworden ist und seit 3 Jahren im Großherzogtum ununterbrochen gewohnt hat und noch wohnt. Wer an seinem jetzigen Wohnort noch keine 3 Jahre wohnt und darum noch nicht in der Liste steht, der belongs ihm schleunigst für die Zeit, die an 3 Jahren, fehlen den Nachweis, daß er während der Zeit in einem Orte des Großherzogtums, das aus dem Großherzogtum Oldenburg und den Fürstentümern Birkenfeld und Ruland besteht, gewohnt hat.

Nachtragungen auf Grund dieses Nachweises müssen bis zum Wahltag gestattet sein.

Wer nicht wahlberechtigt ist!

Wahlberechtigt ist nicht:

1. Wer unter Vormundschaft steht.
2. Wer im Konkurs sich befindet.
3. Wer im letzten Jahr Armenunterstützung erhalten und sie noch nicht zurück bezahlt hat.
4. Wer die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzt.
5. Wer unter Polizeiaufsicht steht oder in Haft sich befindet.

Aus der Wahlbewegung.

Der Kampf um Meißner Wölfer in Ockernburg dauert fort. Die fortschrittliche Volkspartei proklamiert ihn trotzdem als ihren Kandidaten, da er auf dem Boden des liberalen Landtagsprogramms stehe und ein grundsätzlich Gegner der Zersplitterung des Liberalismus sei. Der Mann, der immer erklärt, „programmlos“ zu sein, der nur die Bürgerlichen „einen“ will aus Furcht vor der Sozialdemokratie, der Mann, der mit dem Bauernbündler Dammann-Wardenburg zur Bekämpfung der Volkspartei gemeinsame Sache macht, als völksparteilichen Kandidaten zu proklamieren, heißt denn doch noch mehr, als wenn ein Hirsch sich selber in den Schwanz beißt. Bei der letzten Landtagswahl erkannte sich Wölfer der eifrigsten Unterstützung der Bündler und wurde vom Freisinn mit Hilfe der Sozialdemokratie gewählt. Neben der Proklamation der Kandidatur Wölfer erteilt die Volkspartei der Kandidatur Dammann, dem Bündler aus Wardenburg, eine Abkose, für den aber Wölfer im Bürgerverein Ockernburg eintritt. Als Kandidat neben Wölfer soll für die Volkspartei Kaufmann T. Wilmeyer-Hatten gelten. Wenn die Bündler nun auch an Wölfer schickeln, dann hat der brave Theodor Tanssen das Schulbellspiel, wie sich die Spießbürger in Stadt und Land eine klare Scheidung des wahren Liberalismus von agrarisch-nationalliberaler Heuchelei und Verschkommenheit vorstellen.

Im Wahlkreis Jever hat die fortschrittliche Volkspartei den Kaufmann Carl Heeren in Jever und den Landwirt Georg Schipper in Langewert aufgestellt.

In dem Wahlkreis Auen-Augsfelde-Westerstede hat die fortschrittliche Volkspartei dem bisherigen Abgeordneten Eintriedendorfer Janze, der sich auf das liberale Landtagsprogramm nicht verpflichten wollte, den Kaufmann Orth gegenübergestellt.

Der Auschuß der oldenburgischen Zentrumspartei war am Sonntag zu einer Sitzung zusammen. Dieselbe wurde vom Vorsitzenden der Verfassungskommission Regierungsrat Dammann geleitet. Es wurden die Kandidaten aufgestellt. Es sind dies: 1. Wahlkreis: Jeller Weltendorf und Gutsdörfer Meyer-Holte. Letzterer ist Seemannsleiter bei den von der Parteileitung boykottierten Eintried. 2. Gropburg: Bürgermeister Feigzel. 3. Eilen-Ödning: Jeller Meyer. 4. Vöhrden Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Dröter. 5. Friesoythe: Oberregierungsrat Dr. Dröter. Es sind noch 2 Kandidaten zu suchen für den Wahlkreis Bockhorn, wozu Bockhorn gehört. Hier wird der agrarische Hepporn v. Freiden und ein Gewerbetreibender aufgestellt werden, sofern sich einer findet, der mit der agrarischen Seite zusammengehen mag. Bezüglich der Haltung des Zentrumsliters in den Wahlkreisen des Nordens des Großherzogtums wurde beschlossen, entweder Kandidaten aufzustellen oder die am wenigsten Unstehenden Kandidaten zu unterstützen.

Totales.

Mitteilungen, 29. August.

Tuberkulose-Ausstellung.

Eine Ausstellung des Wandertuberkulose-Museums des Hauptvereins für Volkswohlfahrt in Hannover, die bereits im vorigen Jahre nach hier kommen sollte, wird hier in der Zeit vom 14. bis 24. September d. J. im Saale des Vanters Rathauses stattfinden. Die Eröffnung des Museums soll am 13. September abends 8 Uhr geschehen, wozu besondere Einladungen ergehen werden. Die Ausstellung wird an den Wochentagen von 3 bis 9 Uhr nachmittags, an den Sonntagen (17. und 24. September) von 10 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 9 Uhr nachmittags unentgeltlich geöffnet sein. Die Ausstellung enthält natürliche und künstliche Präparate, Abbildungen usw. über Wesen, Verbreitung und Heilung von Schwindel mit einer Abteilung über Bekämpfung der Schulungslosigkeit und des Alkoholmissbrauchs. Sie vermittelt eine genaue Kenntnis des

Wesens und der Bekämpfung der Tuberkulose. Der Besuch ist für jedermann zu empfehlen.

Zur Vorbereitung drucken wir in der nächsten Nummer dieses Blattes eine von der Ausstellungsgesellschaft uns überlassene Abhandlung des Herrn Dr. med. Meyer hier über das Wesen der Tuberkulose und den Stand der Tuberkuloseforschung ab, die wir schon heute der eingehenden Beachtung empfehlen.

Kampf gegen die Renner der Molkerei. Eine Versammlung der Milchhändler fand gestern abend in den „Vier Jahreszeiten“ statt. Auch eine Vertretung der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei war eingeladen worden und erschienen. Im ganzen waren etwa 60 Händler anwesend. Bekanntlich plant die Renner der Molkerei, von der sehr viele oder gar die meisten Händler die Milch beziehen, vom 1. September ab den Milchpreis um vier Pfennige zu erhöhen. Die Händler sollen die Milch, die hier jetzt 20 Pf. kostet, zum 1. September auf 24 Pf. und später vielleicht gar auf 30 Pf. erhöhen. Die Molkerei glaubt die Händler jetzt ganz und gar in den Händen zu haben. Die Händler bekommen nur ihr vorher dauernd festgelegtes Quantum Milch zum Händlerpreise von 15 Pf., alle Milch über dieses Quantum hinaus muß mit 19 Pf. das Liter bezahlt werden. Die Händler, die nicht mit der Molkerei in Geschäftsverbindung stehen, müssen sogar 20 Pf. wie die Privatmolkerei, bezahlen. Doch nicht genug damit; der Molkereiverwalter hatte am Sonnabend abend wissensraubend erklärt, wer die Versammlung besucht, der soll überhaupt seine Milch mehr erhalten. Kein Wunder, daß eine solche Behandlung die Händler endlich einmal satt hatten und in der gestern abend stattgefundenen Versammlung hiergegen Front machten. Mit Recht wurde in der lebhaften Debatte, an der sich nur Milchhändler beteiligten, hervorgerufen, daß die Molkerei ebenso auf die Händler angewiesen sei, wie umgekehrt die Händler auf die Molkerei. Das ist auch bewiesen dadurch, daß heute morgen alle Händler wie gewöhnlich ihre Milch erhielten. Einmütig war die Versammlung darin, daß alle Vorbringen getroffen werden sollen, um die Milchpreise zu verhindern; denn es ist unmöglich, daß besonders die Arbeiterklasse noch höhere Milchpreise zahlen könne. Die Folge wäre eine gewaltige Einschränkung des Milchkonsums und der Ruin der Händler sein. — Parteisekretär Schütz erklärte auf Anfrage, die Arbeiterklasse würde den Händlern in ihrem Kampf gegen das agrarische Kapital zur Seite stehen; sie werde überhaupt mit aller Macht eine weitere Schärfung des Gesetzes zugunsten der Agrarier zu hindern suchen. — Schließlich wurde eine fünfgleibige Kommission gewählt, die heute bei der Verwaltung der Molkerei vorstellig werden soll. In einer weiteren Versammlung soll dann Bericht erstattet und eventuell die weiteren Maßnahmen beschlossen werden. Gleichzeitig soll dann Stellung zur Gründung einer Milchhändlervereinigung genommen werden. — Die Versammlung wurde im allgemeinen von großartigem Eifer geleitet und die Debatte verlief sehr lebhaft, wie zu erwarten in Versammlungen gleicher Art, in Kleinigkeiten und persönlichen Streit. Das steht fest: Sollte die Molkerei vom 1. September ab den Milchpreis von 24 Pf. verlangen, so wird gegen sie ein Kampf auf der ganzen Linie ausbrechen. Es müssen endlich einmal die unverhältnismäßigen Forderungen der Molkerei in die gebührenden Schranken gewiesen werden.

Bauverein Wärlingen. Auf die Ausschreibung der bis zum 1. April 1912 fertigzustellenden 7 Wohnhäuser mit 54 Wohnungen wurden folgende Offerten abgegeben: Cordes-Wilhelmshaven 186 500 Mk., Wärlingen-Wilhelmshaven 192 544,82 Mk., Ruper-Wärlingen 203 000 Mk., Rüter-Wärlingen 204 500 Mk., Herold-Wärlingen 204 600 Mk., Schorau & Co. Wilhelmshaven 204 700 Mk. Der Zuschlag wurde der Firma Cordes erteilt, und es wird bald mit der Ausführung begonnen werden. — Die Ausführung der Installationsarbeiten in den Wohnhäusern wurde den Firmen Knappe & Brandt und Winack-Wärlingen und W. J. Ruhlmann-Wilhelmshaven gemeinsam übertragen. Am 1. November d. J. soll die Gesamtanlage vollständig fertiggestellt sein.

Direktor Steinert und das Vorläufer Residenztheater. Unter dieser Signatur brachten wir in Nr. 196 d. Bl. vom 23. d. M. eine Mitteilung des Theaterdirektors Steinert, in der dieser mitteilte, daß er die Direktion auf der Insel Borkum wegen Differenzen mit seinem Personal vorzeitig niedergelegt und Klage wegen Kontraktbruchs gegen letzteres erhoben habe. Hierzu erhalten wir nun von Borkum eine von 15 Mitgliedern des Steinert'schen Theater-Ensembles unterschriebene lange Erklärung, in der die Klage geschlichtet wird, unter der das Ensemble auf Borkum zu bleiben hat. Da die ganze Angelegenheit voraussichtlich vor Gericht ausgetragen wird, so müssen wir es uns versagen, die Ausführungen zu veröffentlichen. Die 15 Mitglieder erklären kurz gesagt, in eine Klage dadurch verlegt worden zu sein, daß Direktor Steinert die Gagenabzahlungen nicht vertragsgemäß einhielt. Um ihren Lebensunterhalt betreiben zu können, haben sie Herrn Direktor Steinert gebeten, eine Vorstellung für sie veranstalten zu dürfen, was dieser ablehnte. Als das Ensemble die Vorstellung nicht abgelehnt, sondern gut fand, habe Steinert seine Mitglieder für kontraktbrüchig erklärt und sei von Borkum abgereist. Im übrigen wird in dem Schreiben die Schuld für den Zusammenbruch des Steinert'schen Theaters auf Borkum dem Direktor Steinert zugeschoben. — Ein endgültiges Urteil wird man über die Angelegenheit erst fällen können, wenn man die Gerichtsverhandlung gehört hat. Bis dahin möchten wir auch unser Urteil zurückhalten. Hier scheint wieder ein Fall des bekannten Theaterlenders vorzuliegen, das zum erheblichen Teil beseitigt werden könnte durch eine gute Organisation der Schauspieler.

Der Schaumarkt erstreckte sich gestern und vorgestern eines guten Belüchtes. Es stellt sich eine Verlegung des Marktes von der Straße nach einem geräumigen Plage als dringend notwendig heraus. Wie verlautet, ist eine solche für nächsten Jahr geplant.

In Haft gebracht wurde heute morgen ein in der Theilentrage wohnhafter verheirateter Italiener, dem zur Haft gelegt wird, sich an einem achtjährigen Mädchen in unzüchtiger Weise vergangen zu haben.

In Schmidts Sommergarten findet morgen (Mittwoch) Benefiz- und Ehrenabend für den allgemein beliebten Komiker Walthar Richard statt. Das Konzert wird von der Schmidtschen Kapelle ausgeführt. (Siehe Inserat.)

Wilhelmshaven, 29. August.

Polizei- und Brandprüfung. Am Sonntag den 3. und Montag den 4. September findet beim Großen Exerzierplatz hierseits die zweite Polizeihundprüfung des Zweigvereins Wilhelmshaven-Wärlingen statt. Wegen der Maul- und Klauenseuche kann die Prüfung nicht in Marienfelde stattfinden. Wir verweisen auf das Inserat in heutiger Nummer und bemerken, daß einige der hier vorzuführenden Hunde auf der letzten Prüfung in Bremen vorgeschickt gearbeitet haben; u. a. gelangten auch zwei Staatsmedaillen in den Besitz hiesiger Jäger.

Zu der Notiz „Ein tollerlicher Kasse als Leuchtturmwärter und Ziegeleiarbeiter“ in Nr. 193 d. Bl. wird uns mitgeteilt, daß der betreffende Leuchtturmwärter nicht Kasse, sondern ein paar Jahre früher beim Vorkommens war. Er habe sich dann um die Stelle als Maschinist auf dem Leuchtturm beworben und habe ein Einkommen von insgesamt 14—1500 Mk. jährlich. — Wenn man auch bedenken kann, daß der Leuchtturmwärter mit 1500 Mk. auskommen soll, so muß doch grundsätzlich beurteilt werden, daß ein in vollem Gehalt stehender Beamter oder Angestellter des Reiches in seiner zur Erhaltung bestimmten Zeit zehn Tage im Monat Ziegeleiarbeiter ist.

Theater in Burg Hohenzollern. Die gelungene Aufführung der Operette „Die feuchte Sonne“, mit welcher sich das Ensemble hier einführt, fand ungetrübten Beifall. — Heute Dienstag wird die zuglückliche „Polnische Wirtschaft“ zum 21. Male und am Mittwoch zum vierter Male „Die lustige Witwe“ wiederholt. Von heute an werden Einhaltungen zur Loge, Sperrung und I. Parquet in der Zuschauung des Herrn Badewitz, Komische, und zum II. Parquet, Rang und Gallerie im Zigarrengeheiß des Herrn Püschmann in der Markstraße 5 abgegeben.

Aus dem Lande.

Oldenburg, 29. August.

Wiesers Wirtschaft in Radstorf brannte am Montag Nachmittag vollständig nieder. Wie das Feuer entstanden ist, ist noch nicht aufgeklärt. In dem Saal wurde früher Tanz abgehalten, in letzter Zeit fanden aber nur selten Tanzveranstaltungen statt.

Bremen, 29. August.

Heber die Spionageangelegenheit erfährt man, daß die Voruntersuchung gegen den Engländer Stewart abgeschlossen sei und daß der Beschäftigte in einigen Tagen nach Leipzig überführt werden wird.

Seestadt, 29. August.

Um eine Zigarette zum Wärlingen gemordet. Die „Norddeutsche Volksstimme“ schreibt: Am Sonntag abend gerieten vor einer Wirtschaft in der Wärlingstraße zwei junge Leute wegen einer Zigarette in Streit, in dessen Verlauf schließlich der eine der Beteiligten ein Messer zog und hiermit den Wortschauer Bernhard Wärling einen Stich in der Brust beibrachte, an dessen Folgen Wärling kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verstorben ist. Als der Täter sah, was er angerichtet, ergriff er die Flucht, wurde jedoch von Straßenpassanten verfolgt und hieselbst gleichfalls, wenn auch nicht erheblich, mit einem Messer im Genick verletzt. Er entkam jedoch und stellte sich Montag früh freiwillig der Polizei, die ihn in Haft nahm.

Mehrere Gemüter, die am Sonntag nachmittag diese Gegend überzogen, haben Schaden angerichtet. Durch einen Blitzschlag wurde das Gehöft des Landwirts Schröder in Augustendorf bei Bremerbrücke eingestürzt. In dem Ort Gremstedt bei Sellingen wurde der 11-jährige Knabe Marwedde, als er die Röhre zur Weide trieb, durch Blitzschlag getötet. In Rechtenstede wurde das Wohnwesen des Landwirts J. Suhr durch einen Blitzschlag eingestürzt.

Emden, 29. August.

Auf der Straße liegend aufgefunden wurde am Sonntag ein ansehend betrunkenen Mann. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß es kein Betrunkener war, sondern ein Erkrankter. Der Mann starb eine Stunde nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Der Verordner führte keine Legitimation bei sich, jedoch keine Personalien noch nicht festgestellt werden konnten. Man vermutet, daß es sich um einen holländischen Arbeiter handelt.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Beim Spielen mit einem Messer verletzte sich der sechsjährige Knabe eines Bauernmanns in Vohne daran am rechten Auge, daß die Sehne verloren ging. — Bei der Reinigung einer Tüngergrube erstürzte der Bauernmann Seidewitz in Gassel durch die glitschen Wände.

Aus aller Welt.

Zum Diebstahl der „Mona Lisa“. Die Pariser Sicherheitsbehörde erhielt aus Cherbourg die Mitteilung, daß sich am Mittwoch an Bord des Dampfers „Raifer Wilhelm“ zwei Leute eingeschiffen hätten, die zwei eingerahmte Bilder trugen, zwischen denen sich eine Holzpelle in der Größe der gelaubten Gioconda befanden habe. Die Polizei hat verfügt, daß die beiden nach ihrem Eintreffen in Newport angehalten werden sollen. — Heute Dienstag wird der Pariser Louvre für das Publikum wieder geöffnet.

Abfuhr eines Fliegens in den Bodensee. Der Sonntag nachmittag aufgetragene Flieger Fiedler führte, wie das „B. L.“ berichtet, auf einer Kurze etwa 200 Meter vom Ufer entfernt ab. Er fiel aus 30 Meter Höhe in den Bodensee. Da Fiedler einen Schwimmgürtel trug, wurde

er bald von einem Boote aufgenommen. Er war nicht ernstlich verletzt. Sein Apparat konnte aus fünf Meter Wassertiefe wieder gehoben werden.

Im Gedränge erstickt. Ueber ein furchtbares Unglück, das sich am Sonnabend abend in einem Kinematographentheater in Canonsborough in Pennsylvania zutrug, wird folgendes gemeldet: 35 Personen wurden getötet und über 60 schwerer und leichter verletzt. 20 Personen waren auf der Stelle tot, während die übrigen sechs in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag im Krankenhaus starben. Wie gewöhnlich bei Unglücksfällen in Kinematographentheatern bestand die überwiegende Mehrzahl aus Frauen und Kindern. Dabei bestand gar keine ernste Gefahr. Es handelte sich um eine ganz unbedeutende Explosion in dem Räume, wo sich die Apparate befinden. Allein eine ängstliche Stimme schrie „Feuer“, und schon drängte sich alles in wahnwitzigem Getöse und Geschrei dem einzigen Ausgange zu, von dem oben noch eine Treppe hinaus ins Freie führte. Frauen und Kinder sprangen über die Sitzreihen hinweg, kamen zu Fall, so daß sich schließlich in wenigen Minuten ein Ansturm von Menschenleibern die Treppe hinunterwälzte. Als es gelang den Ansturm zu entwerfen, bemerkte man, daß fast alle tot waren, sie waren im wahren Sinne des Wortes erstickt, und die meisten hatten dabei noch Arme und Beine gebrochen.

Kleine Tageschronik. Bei der Erklärung der Konstruktion eines Revolvers richtete in Oberwalden der Revolvermacher Jenson den 62-jährigen Wärlinger. — Weil keine Frau 400 Mark für sich bei Seite gelegt hatte, ludte ein Berliner Handwerker diese zu erlösen. Der Schuß ging fehl, der Mann wurde verhaftet. — Die erste Jahrszahl Teufelskows, die verwitwete Frau Erbschaftsbesitzerin, starb im Alter von 77 Jahren in Marienfelde bei Berlin. — Der Berliner Epitaph ging am Sonntag in Babel auf drei liegende Personen Wagen auf und zertrümmerte diese teilweise. Dreißig Personen wurden dabei leicht verletzt. — Am Sonntag verminderte Feuer den 4/5. Quasatkilometer großen Wärlinger Markt in der Nähe Weiden. — Am Sonntag abend erlitt der Fabrikarbeiter Zeiner in Rottum ein Verbrechen. Er wurde von einem Schlägermeister, der Wärlinger Arbeiter. Er stellte sich dem selbst der Polizei.

Eingefandt.

Zu den Arzwallen in der Grenzstraße.

Zu der gelirigen Notiz betr. die Schlägereien in der Grenzstraße teilen wir mit, daß die Fremd-Einheimischen und die Fremdmaturergesellen mit den festgestellten Schlägereien nichts zu tun gehabt haben, da sie während dieser Zeit und an dem Abend die Grenzstraße nicht betreten haben. Es kommt hier nur der fogen. blaue Schacht in Frage. Das Gewerkschaftsamt möge hier einmal ein ernstes Wort reden, damit diese Gesellschaft von der Zentralherberge verschwindet; denn ein organisierter Arbeiter traut sich bald gar nicht mehr, dieses Lokal zu betreten. Eine gründliche Aufklärung wäre dabei nötig.

Mehrere Fremd-Einheimische Maturergesellen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 29. Aug. Heute wird der Verband der Metallindustriellen Deutschlands zusammengetreten, um zu den einzelnen Streiks und Aussperrungen Stellung zu nehmen. — Morgen wird in Leipzig die Schlichtungskommission wieder zusammengetreten. — In Erfurt sind die Verhandlungen wegen eines dringlichen neuen Lohnsatzes gescheitert.

Im fog. Sprengstoff drach gestern in der Schuhfabrik von Pinner, Nacht, im vierten Stockwerk Feuer aus, das sich schnell ausdehnte und in kurzer Zeit ein verhängnisvolles Schicksal im Werte von 1 1/2 Millionen Mark vernichtete.

Narves (Dänemark), 29. August. Auf dem Torpedoboot „Gorchelstein“, das zum Uebungsgefecht gehört, plagte ein Dampfstoß. Fünf Mann wurden verletzt.

Rancy (Frankr.), 29. August. In der gestrigen Sitzung des Kolonialrats hielt der Kolonialminister eine Rede, worin er zur Marokkoangelegenheit bemerkte, Frankreich warte in Ruhe die Verhandlungen ab. Es hieß dem Fortschritt und an der Zivilisation zu verweisen, wenn zwei große Nationen nicht zu einer billigeren Verständigung gelangen würden.

London, 29. August. Gestern begann in Plymouth die Verhandlung gegen den deutschen Matrosen Schulz wegen Verlegung des Geheißes über das Umschlaggeheimnis. Der Vertreter der Anklagebehörde führte aus: Der Angeklagte versuchte von zwei Personen Informationen maritimen und militärischen Charakters zu erhalten, in der Absicht, sie einer fremden Regierung zu übermitteln, erhielt tatsächlich Informationen und schickte sie der deutschen Regierung.

Newport, 29. August. An der Küste von Südkarolina haben schwere Stürme großen Schaden angerichtet. Zwanzig Personen kamen ums Leben.

Luftungen.

Für den Wahlfonds gingen bei dem Interlegierten ein: 2,50 Mk., gesammelt bei Wärling nach einem Begrüßung. Wärlingen, 29. August. RüsteL

Für den Wahlfonds gingen bei dem Interlegierten ein: 10 Mark, gesammelt auf dem Sommerfest des Arbeiter-Gesangsvereins „Eintracht“ (gerüsteter Chor) am Sonntag den 27. August im Friesen Hof. Bis jetzt eingegangen 118,35 Mk. Nordenham, 28. August 1911. W. J. Jans.

Vorlegungen, gedankt des Wahlfonds!

Wetterbericht für den 30. August.

Wetter wolfig, geringe Wärmedeckung, schwachwindig, freilich Regenfälle.

Verantwortlicher Redakteur: D. Jacob, Verlag von Paul Hug, Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Wärlingen.

Dierzu eine Beilage.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Jena 1911.

Im Anschluß hieran gibt der Vorstandsbericht noch einen Überblick über den Kampf der Behörden gegen die Arbeiterbewegung, ferner einen Überblick über die internationale Arbeiterbewegung und schließlich registriert der Bericht noch unsere Taten und widmet ihnen ehrende Worte.

Zum Rassenbericht sagt der Vorstand:
Der Rassenbericht ist sehr günstig. Die allgemeinen Einnahmen sind allein um 300 430 M. höher als im Vorjahre. Darunter befinden sich allerdings mehrere hohe außerordentliche Zuwendungen. Aber auch die in dieser Rubrik verzeichneten Beiträge der Organisationen sind infolge der Mitgliedersteigerung und der besseren Wirtschaftsführung gegen die Zentralkasse erheblich höher. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, daß große Beiträge aus dem Vorjahre abgeführt worden sind. Wesentlich höher sind auch die Einnahmen aus dem Parteifonds und Zinsfonds. Unter den vermischten Einnahmen befinden sich 24 700 M. Rückzahlungen des Pressebureaus und 4000 M. Einnahmen aus dessen gewerkschaftlichem Nachrichtenendienst.

Die Ausgaben sind gegen das Vorjahr um 81 622 M. gestiegen, wogegen die Ausgaben für Unterhaltungen, die im vorigen Jahre infolge der Beihilfe für den Realisationskampf der schwedischen Arbeiter besonders hoch waren, um 65 545 M. niedriger sind. Die Ausgaben für allgemeine Agitation erscheinen nur deshalb niedriger, weil die früher darunter aufgeführten Ausgaben für den Bildungsausschuß nun besonders aufgeführt sind. Von den Ausgaben des Bildungsausschusses sind 8750 M. für Wandertourneen aufgeführt worden. Die erheblich gestiegenen Ausgaben des Parteifonds sind, abgesehen von zwei kleinen Posten, ausschließlich für Parteizwecke erforderlich gewesen. Die „Partei-Korrespondenz“ hat wegen der erfolgten Erweiterung dieser Einrichtung erheblich höhere Ausgaben verursacht. Neu sind die Ausgaben für das Rheinisch-Westfälische Bureau, das am 1. Januar d. J. keine Tätigkeit aufnahm. Die Ausgaben für die Parteikasse legen sich aus folgenden Einzelposten zusammen: Einmalige persönliche Ausgaben für Schlichter 1682 M., einmalige persönliche Ausgaben für Lehrer 306 M., Monatsgehälter für Schlichter 18 840 M., Gehälter für Lehrer 11 040 M., Miete, Bekleidung, Reinigung usw. 3735,50 M., Sonstige Ausgaben 4462,62 M.

Die Verhältnisse der Parteikasse sind wie folgt:
Mehrfache Ausgabe der Rheinisch. Zeitung 3 000,— M.
„Rugsbürger Volkszeitung“ 1 500,— „
„Gaffeler Volksblatt“ 4 319,95 „
„Danziger Volksblatt“ 1 202,40 „
„Gazeta Robotnicza“ 13 200,— „
„Königsberger Volkszeitung“ 9 600,— „
„Kreuzer Volkszeitung“ 4 640,— „
„Völkischer Volksstimme“ 3 000,— „
„Völkischer Volkszeitung“ 1 500,— „
„Völkischer Volkszeitung“ 12 718,50 „
„Völkischer Volkszeitung“ 1 000,— „
„Völkischer Volkszeitung“ 8 400,— „
„Völkischer Volkszeitung“ 2 002,50 „
„Völkischer Volkszeitung“ 3 000,— „
„Völkischer Volkszeitung“ 2 000,— „
Summa 71 083,35 M.

Die Einnahmen der Parteikasse betragen im Geschäftsjahre (1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911) insgesamt 1 357 761,62 M. Von dieser Summe entfallen auf alle

gemeine Einnahmen 911 639,41 M., Parteifonds 73 018,30, Zinsen 47 044,30, Ueberführung des „Vormärts“ 139 385, Ueberführung der Buchhandlung „Vormärts“ 40 000, Ueberführung des „Wahren Jutes“, der „Gleichheit“ und der „Neuen Zeit“ 30 000, Nordische Arbeiterkassens 80 014,57, Vermischte Einnahmen 36 680,04 M. — Die Ausgaben bezifferten sich auf insgesamt 897 180,48 M. Von diesen Ausgaben entfallen auf Allgemeine Agitation 288 456,48, Wahlpropaganda 59 091,25, Parteifonds 248 474,00, Presseunterstützungen 71 083,35, Unterhaltungen 6682,30, Prozeß- und Gefängnisstrafen 6719,83, Schlichter und Verwaltung 59 169,72, Pressebureau 38 567,70, Partei-Korrespondenz 23 064,26, Rheinisch-Westfälische Bureau 29 024,26, Bildungsausschuß 19 296,30, Parteifonds 40 126,12, Wido 6727,89, Vermischte Ausgaben 2596,42 M., Ausgabe für Kapitalanlage 451 017,26 M., Rassenbeitrag am 30. Juni 1911 39 626,22 M.

In welchem Umfange die einzelnen Agitationsbezirke Beiträge an die Zentralkasse geleistet und Zuwendungen daraus erhalten haben, ergibt sich aus folgender Aufstellung:

Agitationsbezirke	Jahr der zum Bericht gehörigen Periode	Beiträge geleistet	Zuwendungen erhalten	Im einzelnen als	
		M.	M.	Agitation	Parteien
Altpreußen	17	2212,89	2354,20	9634,20	—
Westpreußen	13	1678,24	11280,45	11280,45	—
Groß-Verein	8	18700,—	—	1229,00	—
Brandenburg	18	11930,92	8229,00	—	150,—
Hannover	14	6892,92	10440,90	10440,90	—
Sachsen	15	422,62	7431,95	6821,95	—
Sachsen	13	6778,64	8155,95	7506,45	—
Sachsen	6	2482,21	3734,20	3734,20	—
Sachsen	9	4935,18	5089,70	5089,70	—
Sachsen	9	906,55	14151,90	13981,90	—
Sachsen	8	14092,68	6592,70	4562,70	—
Sachsen	8	6880,11	8892,98	2652,15	40,80
Sachsen	4	2448,31	4774,90	3061,90	1000,—
Sachsen	10	32603,52	9160,50	9160,50	—
Sachsen	12	16593,04	3250,10	3250,10	—
Sachsen	9	6900,38	6517,05	5517,05	—
Sachsen	8	11698,32	1377,95	8377,95	3000,—
Sachsen	11	13484,58	9710,75	8090,75	—
Sachsen	6	2918,88	5807,40	2579,65	3197,75
Sachsen	19	4605,96	13119,20	13119,20	2000,—
Sachsen	14	24320,75	67214,03	6090,85	2883,20
Sachsen	3	187,48	2325,45	2325,45	—
Sachsen	—	—	18000,—	18000,—	—
Sachsen	21	16020,18	7232,15	7232,15	—
Sachsen	21	14677,06	31604,85	3004,85	27500,—
Sachsen	6	5771,39	2357,33	2357,33	—
Sachsen	9	37082,16	1183,19	333,15	—
Sachsen	7	17895,58	3893,65	3893,65	—
Sachsen	4	30100,—	13,85	13,85	—
Sachsen	3	6568,29	3674,40	3674,40	—
Sachsen	18	16996,45	2895,90	2895,90	—
Sachsen	14	6542,13	3289,48	3282,55	—
Sachsen	9	7954,61	12150,15	4350,10	1500,—
Sachsen	7	5329,25	8112,90	8112,90	—
Sachsen	5	2352,88	3200,90	3030,90	—
Sachsen	4	4481,54	3872,35	3505,95	—
Sachsen	1	3240,70	—	—	—
Sachsen	1	1232,97	—	—	—
Sachsen	5	5056,48	3234,40	3234,40	—
Sachsen	3	5470,04	2710,70	2710,70	—
Sachsen	2	1335,90	687,45	687,45	—
Sachsen	2	3069,81	71,30	71,30	—
Sachsen	3	104000,—	—	—	—
Sachsen	5	19929,85	30744,30	1723,30	55000,—
Sachsen	1	3273,60	—	—	—
Sachsen	15	1700,22	30102,70	6017,70	3000,—
Sachsen	—	—	—	—	30268,—
Sachsen	—	—	—	—	13200,—
Sachsen	—	—	—	—	—

Im übrigen wurden die Zuwendungen in Spalte 4 zur Wahlpropaganda, als Unterstreichung oder zur Deckung von

Prozeßkosten gegeben. Damit schließt der Bericht des Parteivorstandes.

Parteinachrichten.

Der sozialdemokratische Wahlkreis des 8. hannoverschen Wahlkreises, Hannover-Stadt, hielt in diesen Tagen seine Generalversammlung ab. Der Mitgliederstand ist 18 532, gegenüber 17 214 im Vorjahre; das bedeutet eine Zunahme von 1318. Verteilt wurden sechs Flugblätter in einer Gesamtauflage von 470 100 Exemplaren, unter anderem in 15 200 Exemplaren. Die Einnahme betrug 66 595,18 M., darunter 54 008,10 M. an Mitgliederbeiträgen; die Ausgaben betrugen 62 293,99 M., darunter für Agitation im Wahlkreis 14 130,84 M., an den Parteivorstand in Berlin 10 800 M., an den Landesvorstand des Agitationsbezirks Hannover 8680 M., an den Bildungsausschuß 7750 M., für die Finanzierung der im Vorjahre gegründeten Volksbuchhandlung 5000 M. Der Bildungsausschuß hatte eine Ausgabe von 23 643,60 M., hauptsächlich verursacht durch die Einrichtung einer Lesehalle von circa 100 Zeitungen und 75 Zeitschriften und durch die Einrichtung einer Zentralbibliothek, zusammengestellt aus den Beständen des Wahlvereins und der Gewerkschaften, mit zunächst 5000 Bänden. Die Druckerei schloß trotz großer Anschaffungen infolge ihrer Verlegung in das neue Partei- und Gewerkschaftshaus mit einem Reingewinn von 17 347,44 M. ab. Davon wurden auf Befehl der Generalversammlung 3000 M. an den Landesvorstand für die Wahlpropaganda, 1000 M. an den Landesvorstand für die Wahlpropaganda, 1000 M. an den Gewerkschaftsausschuß und 1000 M. an den Bildungsausschuß überwiesen. — Der Kampf mit der Polizei um das Vereinsrecht dauerte auch im abgelaufenen Jahre mit gleicher Heftigkeit an. Nachdem inoffiziell eine endgültige Entscheidung der höchsten Instanz, des Oberlandesgerichts Celle, dahin ergangen ist, daß der sozialdemokratische Wahlverein „sein in sich abgeschlossener Verein innerlich miteinander verbundener Personen“ ist, ist für den Wahlverein das neue Vereinsgesetz endgültig polizeilich und juristisch hinwegeschlottet. Die Genossen sind gehalten, jede Versammlung, auch geschlossene Mitgliederversammlungen, anzumelden; sie gelten sämtlich als „öffentliche politische“ und unterliegen der polizeilichen Überwachung, wenn nicht eine Strafe nach der anderen erfolgen soll. — Zum Parteitag wurden sechs Delegierte entsandt.

Zum Parteitag beantragen die kleineren Genossen die Herausgabe eines Ratgebers und Korrespondenzblattes für die Jugendauschüsse.

Ein Skandal. Während sich Partei und Gewerkschaften abmühen, Friedensdemonstrationen gegenüber der kaiserlichen Kriegsbefehl zu veranstalten, schreibt der „Genosse“ Bernhard, Lehrer an der Gewerkschaftsschule und Herausgeber einer Zeitschrift für die Finanzwelt, in diese Zeitschrift unter der hohnischen Überschrift „Angstmeier“, Deutschland habe sich in der Marokkofrage vor einem Kriege gefürchtet und habe sich gedrückt. „Was uns gegenüber Amerika wirtschaftliche Verluste und Einbußen an politischem Ansehen gebracht hat, schädigt uns auch diesmal wieder. Was sind denn dann eigentlich die vielen Millionen wert, die wir Jahr für Jahr für Herd und Maschine aufwenden?“

So ungefähr schreibt die Rheinisch-Westfälische Zeitung auch. Gegen Bernhard ist ja Hildebrand noch ein Wasserhund.

Gewerkschaftliches.

Der Berliner Straßenbahnkonflikt beigelegt. In einer am Sonnabend von der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn einberufenen Versammlung der Vertrauensmänner der Schaffner und Fahrer erklärte sich die Direktion bereit, die geforderten Lohnerhöhungen zu bewilligen. Nach

waren sie alle. Nun bereute sie ihre Tat. Aber diesmal wollte er jetzt bleiben.

Ihm war es, als wären ihm jetzt erst die Augen geöffnet, als sehe er jetzt erst das Leben der letzten Wochen vor sich liegen, als höre er jetzt erst das Urteil der Fremden über seinen Lebenswandel.

Jetzt trat Magda endlich mit einer kleinen Handtasche aus der Haustüre. Sie preßte das Taschentuch an den Mund und weinte leise.

„So, da wären wir endlich!“ meinte er.

Er schien ruhig, fast heiter, aber seine Heiterkeit hatte einen bösen Beigeschmack an sich.

„Gib mir nur das Taschentuch!“ sagte er galant. Sie sah ihn groß an. Hatte er gewollt, sie geschlagen, das hätte ihn ruhig ertragen, aber diese erkrankte oberflächliche Ruhe, dieses fühllos-trübselige, als wäre er mit ihr ganz fertig, machte sie verzweifelt. Stumm, willenlos folgte sie ihm. Sie sprachen lange kein Wort.

Dann begann er: „Du fährst mit dem Morgenzug um vier Uhr nach Wien. So ist schon recht spät, wir können ihn auf dem Bahnhof erwarten!“

Magda begann wieder: „Bruno, willst du mich denn wirklich verlassen, eines Normals wegen, mich, die ich mit Leib und Seele an dir geheftet?“

„Du fährst am besten aber St. Pölten“, sagte er ruhig, ihrer Rede nicht achtend.

„Bruno“, laut, verzweifelt schrie sie es auf, „soll zwischen uns alles begraben sein?“

„Es wird das Beste sein!“

„Ich werde das nicht ertragen können, ich werde sterben!“

Die Romdantistin in ihr brach wieder durch.

Heimatgift.

Roman von Carl Conto Capinelli.

(12. Fortsetzung.)

Und nun ist sich der Schatten von der Wand; freude- reich, schlatternd steht Gottfried vor ihm, er weiß nicht, ist es Hohn, ist es Wahrheit, was Bruno spricht.

„Hinaus“, sagte ich, „sonst schmeiße ich dich auf’s Pflaster!“

Da sehen sich die beiden Männer in die Augen, einen Augenblick scheint es, als wollten sie ihre Kräfte messen, dann aber drückt sich Gottfried zur Türe hinaus, still, stumm, fluchtartig.

Hinter ihm hört er ein dröhnendes heiseres Lachen, das wilde Hohnlachen Brunos.

Von Angst, Mut und Schande wie zermalmt, schwankt Dr. Wöringer heim. Wird er das auch noch überleben müssen?

Ober aber hält Bruno Abrechnung.

„Nun zu dir, Magda.“ Er sagt es ruhig, er ist wieder vollständig Herr der Situation!

Da will sie beginnen, will sich reinwaschen.

„Ich weiß nicht, Bruno, wo du bist; was du glaubst! So laß mich doch zu Wort kommen, laß mich die sagen. Ich und Wöringer haben doch nichts zusammen. Mir war nicht wohl, da hab’ ich mir einen Arzt rufen lassen, das ist alles!“

Aber er laßt nur: „Nur so fort mit deinen Lügen, nur so fort!“

Widrig legt er los: „Glaubst du, Rind, ich merke es nicht längst, daß zwischen Euch was im Werden ist, schon

bei jenem Ausstieg damals! Aber nun hab’ ich Euch! Nun ist Schluss und Ende! Schluß! dein Rängel, und fahr heim nach Wien!“

„Bruno, Bruno, bitte laß mich da!“

„Schluß! dein Rängel, und fahr nach Wien! — Gleich, vorwärts“, riefte dich zusammen, ich selbst führe dich zur Bahn!“

Und wie sie sich noch gegen den Gedanken sträubt, reißt er den Kleiderkasten auf:

„Da, da, vorwärts fange an! — Ich gehe einstweilen hinunter und warte, bis du kommst, aber verflüme keine Zeit, das Notwendigste packe zusammen, das andere wird dir nachgeschickt!“

Bruno geht zur Türe hinaus und steigt polternd die Stiege hinunter. Auf der Straße geht er auf und ab, es ist kein Schmerz in seinem Herzen, kein Schmerz über den ihm angetanen Verrat, ihm scheint dies alles endlich eine Erleichterung aus langem, schwerem Bann. Hatte er ihn, sie, beide prägen sollen? Den Jammerleiden nochmals schlagen? Nein! Der sollte weiter leben, weiter vegetieren; sie aber sollte in den Sumpf zurück, zurück nach Wien, von wo sie gekommen, er wollte keine Abenteuerin um sich.

Und dieses Wort hatte er zu seiner Braut, zu seiner Frau machen wollen?

Er lachte dröhnend auf. Ja, wie war er denn überhaupt auf solche Gedanken gekommen, wie hatte sie ihm in den Kopf gesetzt? Hatte er sie wirklich geliebt? —

Er fragte es sich immer wieder. Hatte er sie wirklich geliebt? Er fand keine richtige Antwort darauf.

Wieder stapfte er auf und ab, die Zeit wurde ihm lang, er rief zum Fenster hinauf: „Wird’s bald, Magda?“

Ein Wimmern drang heraus, nun weinte sie. — So

